

Sparpaket der Bundesregierung verkündet: Regierungskoalition bleibt bei Klientelpolitik

Die Sparpläne der Bundesregierung sind weder gerecht noch sozial ausgewogen. Neben Familien, sozial Schwachen sollen mal wieder die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes als Sparschweine der Nation herhalten.

Anstatt ein gerechtes Konsolidierungskonzept vorzulegen, greift die Bundesregierung abermals ihren Beschäftigten ins Portemonnaie und streicht getreu dem Motto „Versprochen – Gebrochen“ die zweite Hälfte der Sonderzuwendung, die ab dem 01.01.2011 mit dem Grundgehalt ausgezahlt werden sollte. Dabei verkennt die Bundesregierung, dass die Halbierung der Sonderzuwendung im Jahr 2005 ausdrücklich als auf fünf Jahre begrenzte Maßnahme zur Haushaltskonsolidierung durchgeführt worden ist. Die Entscheidungsträger damals wie heute: Angela Merkel und Wolfgang Schäuble!

Die Beiträge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zur Haushaltskonsolidierung in den letzten Jahren bleiben völlig außer Acht. Mit dieser Maßnahme mögen sie billigen Beifall ernten, für das Vertrauen der Beschäftigten ist dies sicherlich nicht förderlich.

Als nächsten Sparhammer verkündet die Regierung einen weiteren Stellenabbau für den öffentlichen Dienst des Bundes. Neben den bereits bestehenden pauschalen Stellenkürzungen sollen bis zum Jahr 2014 insgesamt 10.000 weitere Stellen, anders ausgedrückt 1,5% pro Jahr, wegfallen. Bei der ohnehin äußerst angespannten Personalsituation in der Zollverwaltung bedeutet diese Maßnahme eine weitere Arbeitsverdichtung auf dem Rücken der Beschäftigten. Ob die Funktionsfähigkeit der Verwaltung auf der Strecke bleibt, scheint nicht mehr zu interessieren.

Anstelle ernsthafter Haushaltskonsolidierung betreibt die Bundesregierung lieber weiterhin ihre Klientelpolitik: Die Senkung der Mehrwertsteuer für Hotelübernachtung auf 7% bleibt. Man hätte damit auch nur 5 Milliarden Euro pro Jahr einsparen können. Wann und in welcher Form eine Finanztransaktionssteuer und eine Bankenabgabe eingeführt werden, ist noch fraglich.

„Die Regierungskoalition hat mit dem Sparpaket ihr wahres Gesicht gezeigt“, so Christian Beisch, Vorsitzender des BV Nord, in einer ersten Reaktion. Beisch weiter: „Die bereits erbrachten Beiträge der Kolleginnen und Kollegen in den vergangenen Jahren werden ignoriert, dafür werden die Verursacher der aktuellen Krise weitestgehend geschont.“